

Vorwort

Claudia Roth

Wir befinden uns in einer Zeit vielfältiger, sich überlagernder Krisen: Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gefährdet die internationale Friedensordnung. Er bringt Tod und menschliches Leid mit sich, das wir in Europa nach 1945 bislang für unvorstellbar hielten. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen haben bereits jetzt globale Ausmaße erreicht. Nicht zuletzt stellen die galoppierenden Preissteigerungen – insbesondere im Energiebereich – die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Das betrifft natürlich auch den Kultursektor.

Diese Effekte wirken hier umso dramatischer, da er noch immer unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie leidet. Sicherlich haben die vielseitigen NEUSTART-Programme viele Kulturschaffende stützen können. Im Kontext aktueller Entwicklungen zeigt sich aber deutlich, dass wir in den kommenden Jahren besonders sensibel auf die soziale Lage von Künstler*innen und den Schutz kultureller Infrastruktur achten müssen.

Vor diesem Hintergrund droht die Aufmerksamkeit für die Klimakrise verloren zu gehen. Dabei ist unstrittig, dass die Folgen des Klimawandels zu einer Überlebensfrage der Menschheit geworden sind. Der neueste IPCC-Bericht vom Februar 2022 schildert die Konsequenzen der derzeitigen Emissionen auf den Klimawandel und verdeutlicht: Wir müssen mehr tun! Daraus erwächst auch für die Kulturpolitik eine Verpflichtung. Sie muss eigene Beiträge zur ökologischen Transformation leisten, vor allem auch im Hinblick auf den ökologischen Fußabdruck des Kulturbetriebs. Einfache Lösungen, die allen Situationen in der Branche gerecht werden, gibt es dabei nicht. Es ist ein weites Feld, das von der Betriebsökologie in Kultureinrichtungen bis zur klimaschonenden Kunstproduktion reicht. Was unsere Branche von anderen unterscheidet: Kunst verfolgt keine rein rationalen Zwecke, entzieht sich wirtschaftlicher Logik und bedeutet oftmals auch Überwältigung und überbordende Sinnlichkeit. Das können und wollen wir nicht preisgeben. Künstler*innen können mit ihrer Kreativität gesamtgesellschaftliche Debatten initiieren und begleiten, Denkanstöße geben und ganz generell Reflexion befeuern. Kunst ist daher prädestiniert, den schwierigen Transformationsprozess, den unsere Gesellschaft aktuell durchlebt, zu begleiten, Veränderungen zu katalysieren und Diskussionen zu befördern.

Der Klimaschutz wird in der Kultur- und Medienpolitik des Bundes ab sofort eine übergeordnete Rolle spielen. Er ist ein zentraler Gestaltungsauftrag für uns – in der aktuellen Legislaturperiode und darüber hinaus. Zur Netzbildung, für Beratungen und grundlegende Studien zur ökologischen und nachhaltigen Transformation des Kultur- und Medienbetriebs wurden in diesem Jahr bereits zusätzlich fünf Millionen Euro im BKM-Haushalt veranschlagt. Damit wird unter anderem der Aufbau der im Koalitionsvertrag vereinbarten Anlaufstelle »Green Culture Desk« vorangetrieben. Sie soll Expertise, Beratungsangebote und Ressourcen für die ökologische Transformation des Sektors anbieten. Dabei können wir an die erfolgreichen Aktivitäten unseres »Aktionsnetzwerks Nachhaltigkeit in Kultur und Medien« anknüpfen, in dem sich bereits zahlreiche Kultur- und Medieneinrichtungen vernetzt haben. Klimabilanzierungen oder die Einführung von Umweltmanagementsystemen wurden in diesem Rahmen bereits mit Erfolg getestet.

Das Thema ist nun zudem auch organisatorisch fest bei der BKM verankert. Das neue Referat »Kultur und Nachhaltigkeit« wird den »Green Culture Desk« in Abstimmung mit vielen maßgeblichen Akteur*innen etablieren. Damit bestehen beste Voraussetzungen, die ökologische Transformation des Kulturbereichs – entsprechend den jeweiligen Zuständigkeiten – zu koordinieren und strategisch weiterzuentwickeln. Für mich ist selbstverständlich, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und unsere eigene Verwaltung für den Klimawandel fit machen. Deshalb wollen wir unter anderem die EMAS-Zertifizierung unserer Liegenschaften in Bonn und Berlin im Jahr 2023 abschließen.

Einen umwelt- und klimagerechten Kultur- und Medienbetrieb können wir aber nur gemeinsam mit allen schaffen, die Verantwortung in Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden tragen – mit allen, die in der und für die Kultur tätig sind. Es kommt auf alle Einzelnen an. Denn jeder Kulturbetrieb hat eigene Voraussetzungen, und die Mitarbeitenden kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Wir müssen daher zusammen daran arbeiten, dass jeder Kulturort die für ihn am besten geeigneten Maßnahmen ergreifen kann. Ohne Standards werden wir dabei nicht auskommen. Deshalb plane ich eine »Green Culture«-Konferenzserie, bei der Wege zur klimaneutralen Zukunft gemeinsam erarbeitet werden. Der Filmsektor und die Museen haben bereits entsprechende Handreichungen beziehungsweise Label erstellt und setzen sie um. Auch bei Orchestern, Bibliotheken und soziokulturellen Zentren gibt es schon umfangreiche Aktivitäten. Sie demonstrieren, wie eine ökologisch zukunftsfähige Kulturproduktion aussehen könnte. Seismografisch reflektieren sie die globale Klimakrise und stellen jahrzehntelange Routinen in Frage. Hier muss Politik den Rahmen schaffen, dass bestehende Ansätze fortentwickelt werden können, sich Akteur*innen noch besser vernetzen und der Austausch von Wissen, Ideen und Erfahrungen befördert wird.

Gern nutze ich die Gelegenheit, mich an dieser Stelle ausdrücklich für das Engagement der Kulturpolitischen Gesellschaft zu bedanken. Bereits vor über 20 Jahren hat sie das Thema Nachhaltigkeit zu einem ihrer programmatischen Schwerpunkte gemacht. Derzeit erarbeitet sie eine Studie zu klimagerechter Kulturpolitik, die aus dem BKM-Etat gefördert wird. Ich erhoffe mir davon, dass Akteur*innen durch Handlungsempfehlungen unterstützt werden, verantwortlich zu handeln und notwendige Transformationsprozesse mitzugestalten.

Das vorliegende Jahrbuch für Kulturpolitik 2021/2022 »Kultur der Nachhaltigkeit« bündelt nun den aktuellen Stand der Debatte. Die über 50 Beiträge von namhaften Wissenschaftler*innen, Kulturschaffenden und Kulturpolitiker*innen geben Einblicke, beschreiben Reformoptionen zur Veränderung kultureller Infrastrukturen und diskutieren – auch anhand von Beispielen gelungener Praxis – mögliche förderpolitische Strategien.

Ich danke den Herausgebern Henning Mohr, Ralf Weiß, Norbert Sievers sowie Franz Kröger für ihre profunde Arbeit und wünsche dem Werk eine lebhafte Resonanz!

Claudia Roth MdB
Staatsministerin für Kultur und Medien

